

(Abgeordneter Dr. Senfert.)

(A) auch die gesunden Gedanken unserer Bodenreformbestrebungen beachtet werden möchten. Die Frage der Aufzuchtungen soll so bestimmt, wie es etwa in Bayern ist, geregelt werden; in Bayern besteht zwar kein Gesetz, aber es ist von der Regierung in Bayern ausdrücklich ausgesprochen worden, daß dort, wo Wald ist, niemals ohne weiteres der Wald beseitigt werden darf, und daß dort, wo Acker und Wiese ist, niemals ohne weiteres aufgefördert werden darf.

Es wäre zu erwägen, wieweit Bestimmungen, die das Erbrecht betreffen, erneuert werden müßten oder abgeändert werden könnten. Wir müssen bedenken, daß eine bestimmte Form des Erbrechts, die immer dem Ältesten einen so ungeheuren Vorzug vor dem Jüngeren gewährt, zu ganz bestimmten Bedenken Anlaß gibt. Wenn man auf dem Wege der Gesetzgebung diesem Mißstande nicht beikommen kann, so müßte man andere Mittel und Wege suchen, wie man es ja z. B. bei dem Familienanwartschaftsgesetze hat, indem eine Familienkasse gefordert wird, durch welche auch die jüngeren Geschwister in ihren Rechten gefördert werden.

Es wäre weiter zu erwägen, ob, wie in Bayern, jungen Leuten, die auf dem Lande gedient haben, zur Selbständigerwerbend nicht gewisse Mittel verfügbar gemacht werden könnten, ob den Gemeinden, wie es in Mecklenburg geschieht, nicht angeraten werden könnte, daß sie einen Teil ihres Besitzes zur Pacht an ältere Dienstboten bereithalten sollten, die nach und nach auch selbständig werden könnten.

Die Frage der Heimstättenversicherung, also einer Bestrebung, die darauf hinausgeht, den Dienstboten und Arbeitern und kleinen Beamten eine Möglichkeit zu geben, sich später eine Heimstätte in einer Kleinsiedelung zu verschaffen, ist mit zu berücksichtigen. Es ist notwendig, daß die Stadtpolitik in der Richtung geführt wird, die ich eben andeutete, daß sie nicht etwa, wie es auch manche Städte getan haben, Land aufkaufen und dann wieder in eigenen Betrieb oder in Großgrundbetrieb nehmen, sondern daß sie es tatsächlich parzellieren und an Kleinsiedler verkaufen, daß sie so versuchen, die Landpolitik kräftig zu unterstützen.

Es wäre weiter dafür zu sorgen, daß auch der Industrie eine gewisse Verpflichtung auferlegt würde, daß sie dort, wo sie Bauerngüter für sich braucht, auch ihrerseits dafür sorgt, daß womöglich die Bauern wo anders angesiedelt werden können. Ich erinnere daran, daß in bezug auf die Eisenbahner ein Vorschlag in dem Fachblatt der Eisenbahner gemacht worden ist, daß selbst durch unsere Eisenbahnbeamten die Kleinsiedelungen gefördert werden können, daß durch Obstbau, Gemüsebau,

Bienenzucht, Schweinezucht usw. diese Bestrebungen in (C) bescheidenem Maße mit gefördert werden.

Auch die Frage der Militäranwärter und ihrer Anstellung, die doch zunächst etwas mißglückt ist, wie wir wissen, könnte vielleicht wieder etwas kräftiger in die Hand genommen werden.

Kurz, meine Herren, ich habe in gedrängter Form eine sehr große Menge von Möglichkeiten angedeutet, ohne für die eine oder andere bestimmte Partei zu ergreifen. Es lag mir daran und liegt meiner Partei daran, die Regierung und den Landtag willig zu machen, zunächst auch einmal den kleinen Mitteln Aufmerksamkeit zu schenken, auch einmal an kleinen Mitteln zu versuchen, ob wir unserem Ziele nicht näher kommen können. Es liegt hier ganz zweifellos ein überaus wichtiges Gebiet unserer Volkswirtschaft und unserer nationalen Entwicklung vor uns. Die hohe Bedeutung der Frage ergibt sich eigentlich schon daraus, daß so ungeheuer viel darin getan, noch mehr vielleicht darüber geredet worden ist. Ich konnte es natürlich nicht ganz vermeiden, etwas ausführlicher darüber zu sprechen. Aber Sie wollen daraus erkennen, wie sehr uns die Frage am Herzen liegt, für wie wichtig wir sie halten auch für unser engeres Vaterland Sachsen, und darum lege ich den Antrag der Regierung und den Herren Kollegen ans Herz. Möchte daraus etwas Ersprießliches hervorgehen! Wir wissen in dem mittleren und dem kleinen Bauern den Staatsbürger zu schätzen, der für unser Volksleben von höchster Bedeutung ist. (D)

(Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Präsident: Ehe ich dem Herrn Abgeordneten Barth das Wort gebe, möchte ich die nächste öffentliche Sitzung anberaumen, damit die Tagesordnung gedruckt werden kann. Die nächste öffentliche Sitzung findet Freitag den 6. Februar, vormittags $\frac{1}{2}$ 10 Uhr, statt mit folgender Tagesordnung:

1. Schlußberatung über den mündlichen Bericht der Finanzdeputation B über Tit. 4 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1914/15, Beseitigung von Straßenübergängen betreffend. (Drucksache Nr. 153.)
2. Schlußberatung über den mündlichen Bericht der Finanzdeputation B über Tit. 5 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1914/15, Arealerwerbungen betreffend. (Drucksache Nr. 136.)
3. Schlußberatung über den mündlichen Bericht der Finanzdeputation B über Tit. 11 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1914/15,